

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung

Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen

Mitchell G. Ash
Wien

Nach über 30 Jahren gibt es noch keine zusammenfassende Darstellung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. In diesem Beitrag soll ein Schritt in diese Richtung getan werden. Abweichend von der bisherigen Praxis werden dabei die Wandlungen an den

Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung (insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft) zusammen behandelt und Verbindungen der beiden Felder aufgezeigt.

Eine erste These lautet: Die deutsche Vereinigung in diesem Bereich wie auch sonst war ein Prozess, an dessen Beginn weder Weg noch Ziel feststanden. Die zweite These lautet: Selbst nachdem die Übertragung bundesdeutscher Strukturen auf das Territorium der DDR im Sommer 1990 als Ziel festgelegt wurde, ist bei der Umsetzung viel improvisiert worden. Im Ergebnis erfuhr auch das bundesdeutsche System unerwartete Wandlungen. Dieser Befund reibt sich mit dem Narrativ einer „Kolonisierung“ (Oschmann 2023) oder, weniger wertend, einer „Übernahme“ (Kowalczyk 2019) des Ostens durch den Westen, das in der öffentlichen Debatte verbreitet ist. Daher wird die Tauglichkeit dieses Narrativs als historische Erklärung am Schluss dieses Beitrags erörtert.

1. Vom Mauerfall zum Einigungsvertrag

Obwohl der „Eiserne Vorhang“ schon im Sommer 1989 durchbrochen worden war, war der Mauerfall eine Überraschung für alle Beteiligten. Nur wenige sahen gleich, dass dies das Ende der DDR bedeutete, weil eine Planwirtschaft ohne geschlossene Grenze nicht überlebensfähig war. Viele hofften anfangs auf einen reformierten Sozialismus, aber infolge u.a. des ab Frühjahr 1990 zunehmend sichtbaren Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft wurde der Zeithorizont auf dem Weg zur staatlichen

Vereinigung zusehends enger, die Handlungsspielräume der DDR-Regierung und der Opposition geringer. Die Entwicklungen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik in beiden deutschen Staaten waren Orientierungsversuche im Kontext dieser „Verflüssigung“ der Zeit (Dobry 2001) sowie des Umbruchs der sozialen und institutionellen Strukturen (zum Folgenden vgl. Ash 2021a, Teil II sowie Ash 2023a, Kap. 2).

Fast unmittelbar nach dem Mauerfall begannen Machtkämpfe an den Hochschulen und den Instituten der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR zwischen den noch amtierenden Funktionären und den im Verlauf der Zeit besser organisierten Oppositionsbewegungen, die überwiegend aus dem Mittelbau kamen (zum Vorstoß der Studierenden an der TU Dresden vgl. Pommerin 2003, 324). An mehreren Hochschulen und AdW-Instituten, zum Beispiel an den biomedizinischen Instituten in Berlin-Buch (Bielka 2002), wurden die bisherigen Leitungen abgewählt und durch neue ersetzt. Auch die Modrow-Regierung versuchte, ihre Reformfähigkeit zu belegen, indem sie im Januar 1990 das Pflichtstudium des Marxismus-Leninismus aufhob. Allerdings entließ sie die Unterrichtenden nicht, die sich eilends bemühten, unter verschiedenen Vorzeichen ihren Verbleib an den Hochschulen zu sichern. Erst durch den Abberufungsbeschluss der Regierung de Maizière vom 23. Mai 1990 konnte diese Taktik durchkreuzt werden.

Anfang 1990 begannen die bundesdeutschen Einrichtungen zur Forschungsförderung ihrerseits, ohne Koordinierung miteinander jeweils eigene Wege zu gehen (zur Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) vgl. Trischler/vom Bruch 1999; zu den Großforschungseinrichtungen vgl. Hoffmann/Trischler 2015). Bereits Ende Januar 1990 preschte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit der Einladung an ostdeutschen Forschende vor, Förderanträge gemeinsam mit westdeutschen Forschenden zu stellen. Ziel war es, der Massenauswanderung in den Westen Einhalt zu gebieten.

Im Februar tagte zum ersten Mal eine „AG deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen“ mit Mitgliedern aus beiden deutschen Staaten, geleitet vom Vorsitzenden des Wissenschaftsrates (WR) Dieter Simon.¹ Schon vorher hatte sich die Leitung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf Anraten des Präsidenten der Leopoldina, dem Physiker Heinz Bethge, zur Förderung von Einzelkooperationen zwischen MPI und AdW-Ins-

¹ Schluchter (1996, 60) spricht von „möglicherweise falschen Allianzen der ersten Stunde“, weil die Beteiligten aus der DDR überwiegend „Reisekader“ waren, die später entlassen oder frühpensioniert wurden. Zum Schicksal der ostdeutschen Mitglieder der Arbeitsgruppe vgl. Simon (1992). Immerhin ist die Stellungnahme des WR von Juli 1990 (siehe unten) u.a. aus der Arbeit dieser Gruppe hervorgegangen.

tituten unter Umgehung der Akademieleitung entschieden. Allen diesen Initiativen gemeinsam war die Annahme, dass die DDR eine Zeit lang fortbestehen würde.

Nach den März-Wahlen und der Entscheidung der Regierung de Maizière für einen Beitritt der DDR zur bestehenden Bundesrepublik nach Artikel 91 des Grundgesetzes im April intensivierte sich die Debatte über eine mögliche „Konvergenz“ der beiden Systeme der Forschungsförderung. Dabei dachte man in der DDR über ein bis zu zweijähriges „Moratorium“ der staatlichen Vereinigung nach, währenddessen sich der Forschungsverbund der DDR im verkleinerten Format als „Leibnizgesellschaft“ neu formieren sollte (Förtisch 1990). Zur gleichen Zeit geschah jedoch fast unbemerkt eine andere „Konvergenz“: Die Strukturen der Bildungs- und Forschungsministerien der beiden deutschen Staaten wurden an einander angeglichen (vgl. hierzu Ash 2021a, 30–31).

Spätestens im Mai begann man auch im Westen, sich Gedanken über die Finanzierbarkeit der AdW-Institute zu machen. Wichtiger noch war die Frage, welche Instanz im bundesdeutschen föderalen System der Forschungsförderung als Trägerin dieses riesigen Konglomerats fungieren könnte. Das unsichere Taktieren wurde am 17. Mai beendet, als der Nephrologe Horst Klinkmann zum Präsidenten und der Chemiker und Leiter des Verbands der naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute Siegfried Nowak zum Vizepräsidenten der AdW gewählt wurden – beide waren langjährige SED-Mitglieder. Die Bemühungen um eine interne Reform der AdW waren damit gescheitert; erst danach wendete sich das Blatt im Westen.

Am prominentesten positionierte sich daraufhin die MPG (vgl. hierzu Ash 2023a, 51–58). Im Rahmen ihrer Festsitzungen Ende Juni, flankiert von scharfer Kritik an der AdW durch ostdeutsche Forscher mit Insiderkenntnissen, lehnten der noch amtierende Präsident Heinz A. Staab und sein Nachfolger Hans F. Zacher jegliche „Konvergenz“ der beiden Systeme der Forschungsförderung mit offen politischen Argumenten ab. Nach Staab (1990) war die AdW eine Einrichtung zur Förderung und zugleich zur Kontrolle der Wissenschaften durch Partei und Staat, und damit als Partnerin inakzeptabel. Die Begleitmusik zur wissenschaftspolitischen Wende war eine Entwertung der DDR-Wissenschaft im öffentlichen Diskurs.

Bis heute wird Zacher mit der ihm zugeschriebenen Aussage zitiert, die DDR-Wissenschaft sei eine „Wüste“ (Wüste 1990). Zacher hatte sich jedoch nur auf einen Teil der Geisteswissenschaften bezogen, die Pauschaldenunziation stammte von der Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; sie gewann als Schlagzeile aber sehr bald ein Eigenleben.

Prominent zitiert wurde auch die Einschätzung des renommierten Wirtschaftshistorikers und SED-Mitglieds Jürgen Kuczynski, die DDR-Wissenschaft sei „im Mittelmaß Weltspitze“ (Im Mittelmaß Weltspitze 1990).

Die Weichen für die außeruniversitäre Forschungspolitik wurden erst im „Kamingespräch“ in Bonn am 2./3. Juli 1990 gestellt (vgl. zum Folgenden Ash 2023a, 58–59, und Osganian/Trischler 2020, 58). Bei diesem Treffen der beiden Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und Frank Terpe (SPD) mit hochrangiger Beteiligung inszenierte Riesenhuber die Durchsetzung der Linie seines Hauses. Wie er kurz zuvor an den „Präsidentenkreis“ der „Allianz“ der bundesdeutschen Einrichtungen der Forschungsförderung geschrieben hatte, sollte es im vereinigten Deutschland „nur eine MPG, eine DFG, eine FhG usw.“ geben (zit. n. Ash 2023a, 58).

Von diesem Konsens waren die ostdeutschen Beteiligten nicht vorab informiert worden. In der Presseerklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMFT) vom 3. Juli ist von einer einheitlichen deutschen Forschungslandschaft die Rede, in die sich die DDR-Einrichtungen nach einer Evaluierung durch den WR „einpassen“ sollten (ebd., 58). Zacher nannte dies „eine Art Husarenstück“ Riesenhubers, „denn so deutlich war der Konsens in der Sitzung nicht formuliert worden“ (ebd., 59). Während der darauffolgenden Verhandlungen zum Einigungsvertrag (EV) wurden die Trennung der Gelehrtengesellschaft und des Institutsverbandes der AdW sowie die Auflösung des Letzteren vereinbart. Im betreffenden Art. 38 war wieder von „Einpassung“ die Rede, und zwar auf Wunsch der DDR-Regierung (Ziller 1994, 44), aber die konkrete Bedeutung des Wortes blieb unbestimmt.

Dass diese Debatte auch eine innerwestdeutsche Dimension hatte, zeigt die seither oft zitierte, aber damals umstrittene Stellungnahme des WR „Perspektiven der Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Thesen“ vom 6. Juli: Demnach biete die Evaluierung der AdW-Institute „die Chance“, „selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile“ des Bildungs- und Forschungssystems der BRD „der Änderung bedürfen“ (Wissenschaftsrat 1990, 6). Das war kein „implizites Versprechen“, wie Schönstedt (2019) meint (vgl. auch Osganian/Trischler 2020, 57), sondern eine Hoffnung, die bekanntlich nicht in Erfüllung ging. Laut Simon lehnte Riesenhuber den Vorschlag später mit den Worten „das lassen wir nun mal“ glatt ab (zit. n. Ash 2021a, 286).

Wurde mit alledem eine „Kolonisierung“ des Forschungssystems der DDR durch das der Bundesrepublik ausgemacht? Dagegen spricht, dass die bundesdeutschen Träger der Forschungsförderung in der ersten Hälfte

des Jahres 1990 unterschiedliche Wege gingen, dass es mehrere Monate dauerte, bis es zu einem Konsens entlang der Linie des BMFT kam, und dass Ostdeutsche mitgewirkt haben, wenngleich auf ihrer Seite kein Konsens zustande kam. Simon (1992) äußerte rückblickend, er habe gedacht, die Hochschulen würden intakt bleiben und durch Forschende aus den AdW-Instituten gestärkt werden. Der erste Teil dieser Aussage wurde sehr bald widerlegt, der zweite sollte aber tatsächlich geschehen.

2. Vom Vereinigungstermin zum Abschluss der AdW-Evaluierungen

Ab dem Tag der staatlichen Vereinigung liefen grundlegende Strukturwandlungen an den Hochschulen der ehemaligen DDR und die Evaluierung der Forschungsinstitute der AdW parallel nebeneinander, aber nicht völlig getrennt voneinander her. In beiden Fällen führten ambitionierte Vorstöße zu unvorhergesehenen Ergebnissen.²

2.1. Die Abwicklungen an den Hochschulen

Hier muss zwischen Abwicklungen *von* Hochschulen und solchen *an* Hochschulen unterschieden werden. Nach Art. 13 Abs. 1 EV war bis zum 31. Dezember 1990 festzulegen, ob „staatliche Einrichtungen“ oder selbstständige „Teileinrichtungen“ fortzuführen oder „abzuwickeln“ seien (Der Einigungsvertrag, 880). Auf diesem Weg wurden die SED-nahen Akademien der pädagogischen Wissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften sowie die Hochschule für Ökonomie und die „Juristische Hochschule“, ein Ausbildungsinstitut des Ministeriums für Staatssicherheit, ohne großen öffentlichen Protest abgewickelt.

Die Abwicklungen *an* den Hochschulen sind hingegen nach einer fragwürdigen Lesart des Art. 13 Abs. 1 EV geschehen. Akademische Disziplinen sind zwar Teileinrichtungen von Hochschulen, aber keine selbstständigen, und im EV ist von einer Neugründung abgewickelter Staatseinrichtungen keine Rede. Wie es zur Entscheidung kam, Institute an fortbestehenden Hochschulen wegen ihrer Nähe zum SED-Staat abzuwickeln und neuzugründen, und wie die Auswahl der abzuwickelnden Fächer getroffen wurde, bedarf also der Erklärung. Kahl (2022) weist zu

² Schon vor dem Vereinigungstermin begann der Kollaps der Industrieforschung wegen des Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft mangels osteuropäischer Nachfrage (Ziegler 1992). Damit fiel eine der drei „Säulen“ des Forschungssystems der DDR in sich zusammen.

Recht darauf hin, dass diese Entscheidung nicht vorab geplant war, sondern erst nach dem Vereinigungstermin zustande kam.

Eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom Oktober 1990 scheint diesen Schritt nahegelegt zu haben (Middell 2021, 129). Durch wen und mit welcher Begründung diese Empfehlung konkret erfolgte, ist noch unklar. Jedenfalls setzten sich die erst am 14. Oktober gebildeten Regierungen der fortan so genannten „neuen Bundesländer“ (NBL) selbst unter Zwang, bis Ende 1990 als politisch belastet geltende Fächer zu bestimmen und diese abzuwickeln. Ob die Auswahl nach „den subjektiven Präferenzen einzelner Ministerialen“ (ebd.), oder auf anderen Wegen zustande gekommen ist, bleibt noch unklar. Die von Kahl (2022) festgestellte „chaotische“ Aktenlage deutet auf ebenso chaotische Entscheidungsfindungen hin. Im Ergebnis wurden 21 Prozent des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen der ehemaligen DDR entlassen (Burkhardt/Scherer 1997, 331, Tabelle 12). Diese Angabe schließt den Personalbestand der Institute für Marxismus-Leninismus sowie fünf zur Gänze abgewickelte Hochschulen mit ein.

Dass dies „das Grundmuster für die Gesamtvorgänge an den Hochschulen“ abgab, wie Peer Pasternack (2010, 316) behauptet, darf bezweifelt werden. Er selbst stellt fest, dass mehrere Geisteswissenschaften sowie die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Disziplinen von der Abwicklung vorerst verschont blieben (ebd., 319). Schon deshalb bedarf es einer Perspektive, die von den abgewickelten Disziplinen aus nicht pars pro toto verallgemeinert. In den Blick rückt dann zum Beispiel die Förderung von insgesamt 27 Arbeitsgruppen der MPG an den Universitäten der NBL, mehrheitlich in den Naturwissenschaften (vgl. hierzu Ash 2022).

Das Programm beruhte auf der falschen Annahme, dass in der DDR die Grundlagenforschung an der AdW und die Kaderbildung an den Hochschulen geschehen sei, weshalb es nötig sei, die Grundlagenforschung an die Universitäten „zurückzuführen“ (zur scharfen Kritik an dieser Annahme vgl. Meyer 2015, 130–131). Gleichwohl kam trotz beträchtlicher Anfangsschwierigkeiten und personalpolitischer Probleme ein Gegenstück zu den Abwicklungen zustande. Bis zum Ende der Förderung durch die MPG 1998 erhielten fast alle Arbeitsgruppen-Leiter Professuren, und circa zwei Drittel der von ihnen ausgewählten Mitarbeiter/innen konnten integriert werden.

Im Kontrast hierzu protestierten Studierende der abgewickelten Fächer mit Unterstützung von linken Gewerkschaften und der PDS (die Nachfolgepartei der SED) und kämpften um ihre Prüfungs- und Abschlussrechte. Die Antwort der Regierungen der NBL war eine Improvi-

sation: Sie engagierten westdeutsche Professoren, die schon vor der Vereinigung mit Unterstützung des DAAD als Gastprofessoren zu arbeiten begonnen hatten, um diese Arbeit unter anderer Regie fortzusetzen (Muszynski 1993). Danach wurden die Professuren der abgewickelten Fächer über fachspezifische Struktur- und Berufungskommissionen neu besetzt. Als westdeutsche Kolleg/innen eine Chance sahen, Habilitierte aus den alten Bundesländern (ABL) unterzubringen, schlug die Stunde des Klientelismus. Formal qualifizierte ostdeutsche Bewerber/innen hatten kaum Chancen, weil ihnen die angelernten Skills im Umgang mit Bewerbungen nach westdeutschen Regeln sowie die Verbindungen zu internationalen Fachzeitschriften und Netzwerken fehlten (Pasternak 2010).

Gegen die Abwicklungen zogen der Senat und die Fakultät für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mit getrennten Klagen vor Gericht, und sie bekamen Recht (Jarausch 2012, 622). Allerdings war die Rechtsprechung uneinheitlich; eine Klage der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaften in Jena wurde im Frühjahr 1991 abgewiesen (Meinhold 2014, 177). In den Geschichtswissenschaften an der HU wirkten Neuberufene aus dem Westen neben den bisherigen Lehrenden über mehrere Jahre hinweg; das war und blieb ein Einzelfall.

Nach den Abwicklungen im Herbst 1990 kam es zur Neuausrichtung des gesamten Hochschulsystems in den NBL. In diesem Prozess kommt der vom letzten Bildungsminister der DDR Hans Joachim Meyer erlassenen „Vorläufigen Hochschulordnung“ vom 18. September 1990 (Dicke 2021, 149–150) und den bis Ende Juni 1991 geltenden provisorischen Gesetzen, die in allen NBL außer Brandenburg „Hochschulernerneuerungsgesetze“ hießen, große Bedeutung zu. Letztere schufen auf zwei Wegen eine Rechtslage, die in den ABL undenkbar gewesen wäre (vgl. Hall 1994): *Erstens* setzten sie die Hochschulautonomie zeitweilig aus, um die „Voraussetzungen für die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der akademischen Einrichtungen“ zu schaffen (Hochschulernerneuerungsgesetz 1991, 4). Dazu gehörte die nachträgliche Legalisierung der Abwicklungen im Herbst 1990. *Zweitens* schufen sie „durch einen quasi revolutionären Kraftakt“ (Hall 1994, 179) neue personelle Kategorien – Professoren bisherigen Rechts und Professoren nach neuem Recht –, um eine Umgestaltung des Lehrkörpers herbeizuführen.

Die Wieder- oder Neubesetzung der Professuren lief über Struktur- und Berufungskommissionen, die nunmehr für die gesamte Hochschule zuständig waren, und die politischen Überprüfungen über „Ehren-“ bzw. „Integritätskommissionen“, die zum Teil schon früher entstanden waren und je nach Bundesland unterschiedlich agierten (vgl. u.v.a. Steffani

1992; Post 2002). Die Informationsbeschaffung der „Ehrenkommissionen“ geschah anfangs im rechtsfreien Raum, weil die so genannte „Gauck-Behörde“ erst gegen Jahresende eingerichtet wurde und noch später funktionsfähig war. In der Mehrheit der Fälle stellten sich erfahrene Lehrende der wissenschaftlichen Evaluierung wie der Ehrenprüfung und häufig auch noch der Konkurrenz auswärtiger Bewerber/innen. Dass damit vielen von ihnen Unrecht getan wurde, hielt der Leipziger Rektor Cornelius Weiss schon 1993 fest (Weiss 1994).

Dabei muss zwischen politischen Entlassungen im engeren Sinn, also wegen hoher Parteiämter oder Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, und politisch *verursachten* Entfernungen aufgrund von allgemeinen hochschul- und wissenschaftspolitischen Maßnahmen unterschieden werden. Der scharfe Fokus der Medien auf spektakuläre Fälle der „Entstasifizierung“ wie die Entlassung des HU-Rektors Heinrich Fink (Jarusch 2012, 627–631) verdeckt die Tatsache, dass weitaus mehr Lehrende wegen politisch verursachter Entfernungen ihre Stellen verloren (vgl. hierzu im Detail Ash 2021b, 84–87 und die dort zitierte Literatur). Es gibt Indizien dafür, dass politische Entlassungen im engeren Sinne bis zu 20 Prozent der Hochschullehrenden treffen konnten (Burkhardt/Scherer 1997, 336), wobei die Zahlen für mehrere Hochschulen niedriger waren. Wie oben erwähnt, lagen die politisch verursachten Entfernungen im Zuge der Abwicklungen bei 21 Prozent.

Hinzu kamen aber die Folgen der Übernahme von Personalplänen nach bundesdeutschem Muster an den ostdeutschen Hochschulen im Herbst 1990 (ebd., 311). Dies ist ohne gesetzliche Basis oder öffentliche Debatte und vor jeglicher Einzelfallprüfung geschehen; das Ergebnis waren zahlreiche Entlassungen „mangels Bedarf“, weil selbst für viele positiv evaluierten Lehrende, vor allem im Mittelbau, keine Stellen mehr da waren (vgl. Post 2002; König 2010, 849, 853–854, 857). Es folgten Klagen bei den Arbeitsgerichten und ein Patchwork von Einzellösungen, von befristeten Verträgen bis hin zu Frühpensionierungen.

2.2. Die Evaluierungen der AdW-Institute

Parallel zu alledem fand die Evaluierung der AdW-Institute durch den WR vom August 1990 bis zum Juli 1991 statt. Da die Verträge der AdW-Mitarbeiter laut EV bis zum 31. Dezember 1991 liefen, mussten bis dahin Lösungen gefunden werden. Grundlegend waren zwei Missverständnisse:

Erstens sollten Strukturen auf ihre „Einpassung“ in das System der BRD evaluiert werden, nicht Individuen oder Arbeitsgruppen aufgrund ihrer Leistungen oder gar ihrer politischen Tätigkeit. Dieses Missverständnis führte zu einer von Betroffenen und linken westdeutschen Gewerkschaften getragenen Kritik, die losgetreten wurde, bevor der Vorgang überhaupt begann (Evaluation der Evaluation 1990). Ein *zweites* Missverständnis bestand in der verbreiteten Erwartung, dass positiv evaluierte Einrichtungen mitsamt der gesamten Belegschaft übernommen würden. Vermutlich wirkten die Verhältnisse der Honecker-Zeit hier weiter, in der das Schlagwort „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ für Arbeitsplatzgarantien stand.

Erst mitten im Prozess wurde klar, dass eine Kompatibilität der Strukturen der AdW-Institute mit dem Wissenschaftssystem der Bundesrepublik „nur in den seltensten Fällen gegeben“ war (Wissenschaftsrat 1991, 8). Damit schlug die Stunde der Einzellösungen und Improvisationen. Positiv evaluierte Einrichtungen wie das Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle und das Institut für Hochenergiephysik in Zeuthen wurden als erste überführt oder neugegründet; außerdem wurden 17 industrienaher AdW-Institute von der FhG übernommen und drei neue Großforschungseinrichtungen geschaffen (Mayntz 1994, 198). Selbst in diesen positiven Fällen konnte aber aus Kostengründen nur ein Teil der Mitarbeiter/innen übernommen werden. Eine ungeplante Innovation war die Empfehlung, sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte zu gründen, die eigenständig und interdisziplinär arbeiten sollten.

Das bedeutendste Ergebnis der AdW-Evaluierungen war jedoch die von niemandem vorhergesehene Empfehlung von über 30 neuen Instituten für die „Blaue Liste“ der von Bund und Ländern zu je 50 Prozent zu fördernden Einrichtungen. Klares Zeichen einer ungeplanten Berücksichtigung von sozialen Förderkriterien war das Wissenschaftler-Integrations-Programm, das als Rettungsanker für 1700 Forschende geschaffen wurde, deren positiv evaluierte Arbeitsgruppen nicht untergebracht werden konnten. Berechtigte Warnungen davor, dass dieses Programm wegen der unzureichenden Etats der Hochschulen nicht haltbar sein würde, begegnete man mit der lapidaren Frage: „Sollen wir sie denn auf die Straße schicken?“ (zit. n. Mayntz 1994, 207).

Insgesamt führten die Evaluierungen zu einer Mischung aus Übernahmen mit Personaleinbußen, unerwartetem Strukturwandel und Aufschiebungen.

3. Die Finanzkrise der Einheit und die Folgen 1992–1996

Dass die deutsche Vereinigung, insbesondere die Berechnung ihrer Kosten, auf Fehleinschätzungen beruhte, war spätestens bei der Erstellung des ersten Gesamthaushalts der neuen Bundesrepublik im Juli 1991 deutlich geworden (vgl. Rödder 2009; Ritter 2007). Nachdem Coping-Strategien wenig fruchteten, wurde die Krise im März 1993 mit dem „Solidaripakt“ vorerst beendet (Schwinn 1997, 171–172). Dieser stockte den Fonds deutscher Einheit stark auf und schuf das Großprogramm „Aufschwung Ost“, das mit dem bereits im Februar verabschiedeten Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) junktimiert wurde. Damit war die Richtung der Finanzströme fortan klar: „Aufbau Ost“ auf der einen und als „Konsolidierung“ kaschierte Kürzungen West auf der anderen Seite.

Infolge des Solidaripaktes beschleunigte sich die bereits 1992 begonnene Expansion der MPG in den NBL auf direktem Druck des neuen Forschungsministers Paul Krüger aus Mecklenburg-Vorpommern, der als Anwalt der NBL agierte (Ash 2023a, 160–162). In einem einmaligen Kraftakt erreichte die MPG mit der Gründung von insgesamt 18 neuen Einrichtungen das im Oktober 1993 selbst gesetzte Ziel, in den NBL bis 1998 gleich stark wie in den ABL vertreten zu sein. Dabei musste sie bei der Wahl der Institutsstandorte auf die regionalen Interessen der NBL Rücksicht nehmen. Derartiges galt jedoch nicht bei der Auswahl der Institutsleitungen; von den bis 2002 berufenen 65 Direktor/innen waren nur vier Ostdeutsche. Infolge einer Verschärfung des FKP ab 1995 kam es dann auch zu Kürzungen in den ABL, darunter zur Schließung oder Teilschließung von vier MPI und mehreren Abteilungen (ebd., Abschnitt 4.2).

Derweil lief die Neustrukturierung bei gleichzeitigen Etatkürzungen an den Hochschulen weiter. An der HU Berlin allein schrumpfte die Zahl der Professuren zwischen 1992 und 1996 um 12 Prozent, während die Studierendenzahlen um die Hälfte zunahm (Jaraus 2012, 662). Die Verbindung von forciertem Strukturwandel und Finanzdruck wirkte sich vielfach innovationshemmend aus. Auch in nicht abgewickelten Fächern setzte man bei der Neugestaltung der Studiengänge und der Denomination der Professuren auf vermeintlich Bewährtes aus dem Westen und vergab damit die Chance, positive Aspekte von DDR-Studiengängen und andere Innovationsvorschläge aufzugreifen (vgl. z.B. Ash 2023b).

4. Erste Ergebnisse

Bis Mitte der 1990er Jahre war der Umbau der Hochschul- und Forschungslandschaft in den NBL weitgehend abgeschlossen, und zwar mit

unerwarteten Ergebnissen sowohl auf struktureller Ebene als auch im Personalbereich.

In struktureller Hinsicht kamen, wie bereits hinsichtlich der MPG angedeutet, regionale und lokale Interessen zunehmend zur Geltung, nachdem die Regierungen der NBL ihre Handlungsspielräume zu realisieren begannen.³ Allerdings geschah dies im Hochschulbereich erst nach spannungsreichen Verhandlungen mit dem WR, dessen Empfehlung Voraussetzung für die Förderung durch Bund und Länder war (vgl. Krull 1994). Im Konsens verlief die Auflösung der an die Industriebetriebe angebotenen Fachschulen zugunsten von Fachhochschulen nach westdeutschem Muster.

Kontrovers waren die Aufwertung der Technischen Hochschulen in Cottbus und Ilmenau zu Technischen Universitäten sowie die Gründung einer neuen Universität in Erfurt. Vom WR befürwortet wurden die Erweiterung der TU Dresden zu einer Volluniversität mit Medizin- und Biowissenschaften und die Gründung neuer Universitäten in Weimar, Potsdam und (mit Vorbehalten) in Frankfurt (Oder), Letztere als binationale deutsch-polnische „Europa-Universität“. Die Zahl der Hochschulen mit Universitätsstatus stieg zwischen 1990 und 1996 von neun (davon drei TU) auf 16 (davon fünf TU) (John 2021, 25). Klarer Gewinner des Umbaus war das Land Brandenburg, das in der DDR-Zeit keine Universitäten gehabt hatte (vgl. hierzu jetzt Büchel u.a. 2024).

Die Bedeutung der Länderautonomie auch in der außeruniversitären Forschung zeigt die Gründung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im Juni 1993. Auch im Bereich der Personalpolitik wurde die Länderautonomie genutzt, indem circa 25 Prozent der Stellen an den Hochschulen in Sachsen und circa 20 Prozent in Sachsen-Anhalt nach außerordentlichen Verfahren aus dem jeweiligen Bundesland besetzt wurden (Burkhardt/Scherer 1997, 340).

Ist dies alles nun als eine Verwestdeutschung zu beschreiben? Nicht unbedingt. Neben den Veränderungen im Hochschulbereich trat ein neuer Player in der außeruniversitären Forschung aufs Parkett: Aus der zunächst informellen Verbindung der west- und ostdeutschen Institute der „Blauen Liste“ ging die 1997 gegründete Forschungsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz hervor, die trotz ihres uneinheitlichen Profils bald in die „Allianz“ der Einrichtungen zur Forschungsförderung aufgenommen wurde (Brill 2018; Osganian/Trischler 2020, 84). Fünf der oben er-

³ Auf die Rollen von Partnerländern und mehreren aktiven „Beratern“ aus den ABL sowie der unterschiedlichen Strukturkommissionen der NBL kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden (vgl. hierzu u.v.a. Krull 1994 und Teichler 1994).

wählten geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte sind Leibniz-Institute geworden.

Im Personalbereich muss das hartnäckige Klischee einer Verdrängung ostdeutscher Lehrender und Forschender durch Westdeutsche zugunsten eines differenzierten Befundes korrigiert werden. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, zwischen den abgewickelten und den nicht-abgewickelten Geistes- und Sozialwissenschaften zu unterscheiden (vgl. hierzu schon Schluchter 1996, 64). In den abgewickelten Fächern wie Jura, den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Pädagogik, Philosophie und Geschichte kamen nach neueren Erhebungen erwartungsgemäß zwischen 82,7 und 100 Prozent der zwischen 1990 und 1995 berufenen Professor/innen aus dem Westen (Chan u.a. 2022, 13, Tabelle 2).

In den nicht-abgewickelten Fächern wie Ethnologie, Sprach- und Literaturwissenschaften, Kunstwissenschaften oder Theologie schnitten Ostdeutsche zu dieser Zeit besser ab als in den abgewickelten Fächern (vgl. z.B. Ash 1999, 123; Raiser 1998, 94, Tabelle 9). In den Natur-, Medizin- und Technikwissenschaften waren die Mehrheit der bis 1995 Neuberufenen Ostdeutsche (Chan u.a. 2020, ebd.). Allerdings spricht die enorme Varianzbreite ostdeutscher Berufungen innerhalb dieser Fächer gegen jede einfache Unterscheidung zwischen westdeutsch dominierten Geistes- und Sozialwissenschaften und ostdeutsch dominierten Natur-, Medizin- und Technikwissenschaften.

Nach Arno Hecht (2002) wurden in der Tendenz die ordentlichen C4-Professuren mit Westdeutschen, die C3-Professuren mit Ostdeutschen besetzt. An den Volluniversitäten war dieser Trend stärker, während an den Fachhochschulen mehr Ostdeutsche vertreten waren (besoldet nach C2 oder C3). Die Dominanz der Westdeutschen auf den C4-Stellen an den Universitäten verstärkte sich in den Folgejahren über ihre Mitarbeit in den Berufungskommissionen. Dies könnte erklären helfen, wie die heute weithin beklagte Westdominanz in Führungspositionen an den Hochschulen zustande kam.

Eine Bemerkung zur Frauenfrage darf nicht fehlen. Gegen früh aufgestellte Behauptungen einer „Verdrängung der Frauen aus den Hochschulen“ (Petruschka 1993) war der Frauenanteil an Neuberufungen an die Hochschulen der NBL bis 1995 mit 11,7 Prozent doppelt so hoch wie in den ABL im gleichen Jahr; sie übertraf auch geringfügig den Frauenanteil an den Hochschullehrern in der DDR im Jahr 1989 (9,3 Prozent, darunter 5,3 Prozent Professorinnen) (Burkhardt und Scherer 1997, 344,

Tabelle 16).⁴ Vielleicht trifft die „Verdrängungs“-These für Frauen (wie Männer) aus dem Mittelbau zu. Zufriedenstellend können diese Statistiken jedoch aus heutiger Sicht ohnehin kaum sein. Dass dieses Thema nicht auf den Mittelbau begrenzt war, zeigt ein anderes Ergebnis: Von den 65 MPI-Direktor/innen in den NBL, die bis 2002 berufen wurden, waren nur zwei weiblich, eine Westdeutsche und eine Ausländerin.

5. Schluss

Die Vereinigung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich stand unter dreifachen Druck: Zeitdruck, Finanzdruck und Legitimationsdruck. In einem derart vielschichtigen Prozess war eine Koordinierung der verschiedenen Handlungsfelder und -ebenen kaum zu leisten. So radikal die Transformation des Hochschulsystems wie der außeruniversitären Forschung in den NBL nach bundesdeutschem Muster ohne Zweifel war, stellte sie keine ungebrochene Ausweitung des westdeutschen Systems in die NBL dar. Vielmehr kam es im Transformationsprozess zu unerwarteten Wandlungen. Rückblickend war die Auflösung der AdW eine unvorhergesehene Konsequenz des „Beitritts“. Ob alles Weitere in diesem Bereich ebenso einfach erklärt werden kann, und ob alle Betroffenen gerade diese Folgen wirklich hinnehmen mussten, steht auf einem anderen Blatt.

Diese Frage bringt uns zurück zum Narrativ einer „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen (auch) in diesem Feld. Diese Erzählung stammt von Vertretern der damaligen ostdeutschen Funktionselite, die ihren Machtverlust als Ergebnis einer Eroberung einen Sinn zu geben versuchten (vgl. Gabriel und Lahmer 1991, 821). Dass das Narrativ sich danach über diese Kreise weit hinaus verbreiten konnte, hat mit den unbezweifelbaren Verlust- und Enttäuschungserfahrungen von tausenden ostdeutschen Forschenden und Hochschulangehörigen zu tun (vgl. hierzu Hecht 2007). Oschmanns jüngstes Buch (2023) knüpft an diesen Erfahrungen an und kann daher als Dokument der Kontinuität einer verbreiteten Befindlichkeit gelten.

Als historische Erklärung ist das Narrativ jedoch problematisch, denn es fehlte ein koordiniertes Verhalten der bundesdeutschen Beteiligten, die erst nach längerer Zeit zu einem Konsens fanden. Zudem wurden in den Umsetzungsvorgängen nach Oktober 1990 oft und viel improvisiert, und Ostdeutsche waren an den Grundsatz- wie auch an den folgenden

⁴ Auch hier ist eine starke Varianz nach Fachgebiet gegeben: in den Sprach- und Kulturwissenschaften und im Sport lag der Frauenanteil bei 21,1 Prozent, in den Medizin- und Ingenieurwissenschaften bei 5,4 bzw. 5,3 Prozent.

Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Alle Rektoren ostdeutscher Universitäten im ersten Jahr der Vereinigung waren Ostdeutsche. In den folgenden Jahren arbeiteten mehrheitlich ostdeutsche Rektor/innen mit westdeutschen Kanzlern an den Hochschulen der NBL zusammen. Auf Regierungsebene war das mit jeweils west- oder ostdeutschen Ministerpräsidenten und ost- oder westdeutschen Wissenschaftsminister/innen auch der Fall. Die durch demokratische Abstimmungen legitimierten ostdeutschen Beteiligten allesamt als Kollaborateure einer „Kolonisierung“ zu denunzieren, hat wenig Sinn.

Die realen Existenzverluste vieler Menschen, die von den hier beschriebenen Maßnahmen betroffen waren, und ihre emotional geprägten Erinnerungen, die sich über Jahrzehnte tradiert haben, sind mit Respekt anzuhören. Aber es ist ein Denkfehler, aus der Tiefe des eigenen Leids zu schließen, dass dieses Leid Ergebnis eines großen Plans gewesen sein muss. Selbst die schärfsten der Scharfmacher von 1990 konnten das, was kam, nicht vorausgeahnt haben. Das sollte uns aber eigentlich nicht überraschen, denn wenn es überhaupt ein Gesetz der Geschichte gibt, dann ist es „the law of unintended consequences“. Über die Rolle einiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die strukturellen wie inhaltlichen Folgen in vielen Disziplinen wissen wir noch immer zu wenig. Diese Bemerkungen fassen also lediglich einen vorläufigen Stand der Forschung zusammen.

Literatur

- Ash, M. G. (1999). Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess – „Erneuerung“ oder Krisenimport? In: Ders. (Hg.), *Mythos Humboldt – Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Wien: Böhlau-Verlag, 105–135.
- Ash, M. G. (2021a). Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–1995. Ergebnisse des Forschungsprogramms *Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*, Preprint 13. Berlin.
- Ash, M. G. (2021b). Hochschulelitenwechsel in vergleichender Perspektive, in: J. Blecher und J. John (Hgg.), *Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*, 67–93. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Ash, M. G. (2022). Die Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an den Universitäten der neuen Bundesländer 1991–1998. Ein Forschungsbericht. *die hochschule*, 134–151.
- Ash, M.G. (2023a). Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der deutschen Vereinigung 1989–2002. Eine politische Wissenschaftsgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ash, M.G. (2023b). Psychology and the Fall of Communism: The Special Case of (East) Germany. *Journal of the History of the Behavioral Sciences*, 59:1, 8–19. <https://doi.org/10.1002/jhbs.22238>.

- Bach, H. (1992): Zum Abschluss der Arbeit der Personalkommission, in: Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Beiträge zur Tagung „Unrecht und Aufarbeitung“ am 19. und 20.6.1992, hg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, 284–288. Leipzig.
- Bielka, H. (2002). Geschichte der Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. 2. überarb. u. erw. Aufl. Springer.
- Brill, A. (2018). Von der „Blauen Liste“ zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gesellschaft. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017. Digitaler Reprint, Potsdam: Zentrum Zeithistorische Forschung 2018. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1115>.
- Büchel, L./Horas, D./Kahl, A. (2024). Ein „Brandenburger Weg“? Die Umgestaltung der Potsdamer Hochschullandschaft, in: P. U. Weiß u.a. (Hgg.), Umstrittene Umbrüche. Das Ende der SED-Diktatur und die Transformationszeit in Brandenburg, 171–195. Berlin: Metropol Verlag.
- Burkhardt, A./Scherer, D. (1997): Wissenschaftliches Personal, in: G. Buck-Bechler, H.-D. Schaefer und C.-H. Wagemann (Hgg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, 283–355. Weinheim: Beltz-Verlag.
- Chan, H. F. u.a. (2022). East German Science after Communism: Why does Westernization correlate with Productivity? University of Portsmouth Working Papers in Economics & Finance 2021-9. Revised: 06/2022.
- Der Einigungsvertrag (1990). Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 6.9.1990, Nr. 104, 2. Aufl. Reprint Berlin: Goldmann Verlag.
- Dicke, K. (2021). Die Rolle der Hochschulgesetze im „Hochschulumbau Ost“, in: J. Blecher und J. John (Hgg.), Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, 49–56. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Dobry, M. (2001). „Ereignisse“ und Situationslogik: Lehren, die man aus der Untersuchung von Situationen politischer Unübersichtlichkeit ziehen kann, in: A. Suter und M. Hettling (Hgg.): Struktur und Ereignis, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19, 75–98. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Evaluation der Evaluation. Forum Wissenschaft 7 (1990), Nr. 4, 25–48 (I–XXIV).
- Gabriel, H./Lahmer, W. (1991). „Mit größtem Einsatz an der Lösung der Probleme mitwirken!“ Gespräch mit Prof. H. Gabriel über die Evaluierung der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, in: Physikalische Blätter 47:9, 819–822.
- Hall, K.-H. (1994). Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: R. Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, 165–190. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Hecht, A. (2002). Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Leipzig: Faber und Faber.
- Hecht, A. (Hg.) (2007). Enttäuschte Hoffnungen. Autobiografische Berichte abgewerkelter Wissenschaftler aus dem Osten Deutschlands. Berlin: Verlag am Park.
- Hochschulerneuerungsgesetz (1991). Hochschulneuerungsgesetz des Freistaates Sachsen vom 25. Juli 1991. Fassung von 1.10.1992. <https://www.revosax.sachsen.n.de>. Zuletzt abgerufen 30.10.2023.
- Hoffmann, D./Trischler, H. (2015). Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive, in: J. Mlynek/A. Bittner (Hgg.): 20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft, 9–47. Berlin: Eigenverlag.

- Im Mittelmaß Weltspitze (1990). „Im Mittelmaß Weltspitze“, in: Der Spiegel 30/1990. URL <https://www.spiegel.de/kultur/im-mittelmaass-weltspitze-a-68d4bbd0-002-0001-0000-000013501973> (13.11.2023).
- Jarausch, K. H. (2010). Säuberung oder Erneuerung? Zur Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000, in: M. Grüttner u.a. (Hgg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, 327–351. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jarausch, K. H. (2012). Das Ringen um Erneuerung. 1985–2000, in: Ders./M. Middell/A. Vogt, *Geschichte der Universität Unter den Linden*, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, 555–690. Berlin: Akademie Verlag.
- John, J. (2021). Grundfragen einer vergleichenden Typologie des „Hochschulumbaus Ost“, in: J. Blecher/J. John (Hgg.), *Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*, 19–43. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kahl., A.-W. (2022). Aufbruch oder Abbruch? Eine zeithistorische Universitätsgeschichte der Transformationsphase nach 1989, in: *bildungsgeschichte.de*, Berlin 2022. DOI: <https://doi.org/10.25658/98j8-fc51>. (13.3.2023).
- König, F. (2010). Demokratische Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart 1989–2009, in: U. von Hehl u.a. (Hgg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, 778–903. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Kowalczuk, I.-S. (2019). Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München: C. H. Beck.
- Krull, W. (1994). Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der damaligen DDR, in: R. Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, 205–226. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Mayntz, R. (1994). *Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Meyer, H. J. (2015). *In Keine Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland*. Freiburg i. Br.: Herder.
- Middell, M. (2021), „Hochschulumbau Ost“. Lange Dauer, unterschiedliche Perspektive, neue Kontexte, in: J. Blecher/J. John (Hgg.), *Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*, 125–143. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Muszynski, B. (Hg.) (1993). *Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich.
- Osganian, V./Trischler, H. (2022). *Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft*, Preprint 16. Berlin.
- Pasternack, P. (1998). Demokratische Erneuerung und Kolonisierung. Prüfung zweier Klischees, in: A. Söllner/R. Walkenhaus (Hgg.): *Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern*, 146–173. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Pasternack, P. (2010). Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990, in: M. Grüttner/R. Hachtmann/K. H. Jarauschk/J. John/M. Middell (Hgg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, 309–326. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pasternack, P. (2021). Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Ergebnisse und Deutungsmuster, in: J. Blecher und J. John (Hgg.), *Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*, 45–66. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Petruschka, G. (1993). Die Verdrängung von Frauen aus der Hochschule am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Hilde Schramm (Hg.): *Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost*, 216–218. Berlin.
- Pommerin, R. (2003). *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag.
- Post, A. (Hg.) (2002). *Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften*. Dresden.
- Raiser, T. (1998): *Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994*. Berlin: Verlag Arno Spitz.
- Ritter, G. A. (2007). *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, 2., erw. Aufl. München: C. H. Beck.
- Rödter, A. (2009). *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München: Verlag C. H. Beck.
- Schluchter, W. (1996). *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schönstedt, M.-C. (2019). „Eine neue gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt“: Über ein implizites Versprechen des Wissenschaftsrates infolge der „Wende“, in: J.-H. de Boer (Hg.): *Praxisformen*, 392–405. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Schwinn, O. (1997). *Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich.
- Simon, D. (1992). *Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts gewandte Rückschau*. Aus *Politik und Zeitgeschichte* B 51, 29–36.
- Staab, H. A. (1990). Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4: 53–57, 60–63.
- Stephani, H. (1992). Über die Personalkommission der FSU Jena, in: *Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, 238–245. Leipzig.
- Teichler, U. (1994). Zur Rolle der Hochschulstrukturkommissionen der Länder im Transformationsprozess, in: R. Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, 227–258. Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag.
- Trischler, H./vom Bruch, R. (1999). *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck
- Weiss, C. (1994). Der Erneuerungsprozess an der Universität Leipzig, in: *Nova Acta Leopoldina. Neue Folge*, Nr. 290, Band 71, 95–99.
- Wissenschaftsrat (1990). *Perspektiven von Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Köln.

- Wissenschaftsrat (1991). Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin – Allgemeiner Teil. Köln.
- Wüste (1990). Wüste. Kritik der DDR-Wissenschaft (AP). In: F.A.Z., 21.6.1990, S. 31.
- Ziegler, H. (1993). Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der Industrieforschung Ost. Deutschlandarchiv 26:6, 689–702.
- Ziller, G. (1994). Der Erneuerungsprozess aus der Sicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, in: Nova Acta Leopoldina. Neue Folge, Nr. 290, Band 71, 41–44.

Inventur

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

Franziska Bomski:

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen. Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte7

Mitchell G. Ash:

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen.....19

Peer Pasternack:

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft. Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial37

Axel-Wolfgang Kahl:

Planvoll zur Marktordnung. Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR54

Bernd Florath:

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft. Eine erfahrungsgesättigte Analyse70

Krijn Thijs:

Die „Ritter-Kommission“ und ihre Mitglieder. Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993)84

Carsten Gansel:

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.....99

Sandra Schell:

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der ‚Wende‘. Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth112

Dorothea Horas:
 „Systemneutrale“ Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?
 Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in
 Halle und Potsdam125

Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert
im Gespräch mit Franziska Bomski:
 Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge
 ostdeutscher Wissenschaftler:innen.....139

Wolfgang Schieder, Jörg Schönert
im Gespräch mit Andrea Albrecht:
 Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre
 personellen Auswirkungen152

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:
 Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....167
 Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)

Autorinnen & Autoren.....187

Autorinnen & Autoren

Andrea Albrecht, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de

Mitchell G. Ash, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: mitchell.ash@univie.ac.at

Franziska Bomski, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: franziska.bomski@einsteinforum.de

Bernd Florath, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: bflorath@web.de

Carsten Gansel, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de

Monika Juliane Gibas, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

Uwe Grelak M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de

Dorothea Horas M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: horas@uni-potsdam.de

Axel-Wolfgang Kahl M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: axelkahl@uni-potsdam.de

Astrid Lorenz, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: astrid.lorenz@uni-leipzig.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Sandra Schell, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de

Wolfgang Schieder, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

Jörg Schönert, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

Dieter Segert, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

Krijn Thijs, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl